Tabak-Arbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionsschluß Montags. Bezugspreis monatlich 40 ₰ ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 ₰ für die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich: für den redaktionellen Teil Heinrich Borat, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 17 | Bremen, 23. April | Jahrgang 1932

Kolleginnen und Kollegen

in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt!

Zerstört die Hoffnungen der Arbeiterfeinde und ihrer Helfershelfer!

Geht am 24. April zur Wahl und wählt Sozialdemokraten!

Klärt auch die Gleichgültigen und Wankelmütigen auf!

Für Sozialismus und Demokratie!

Gegen Faschismus und Diktatur!

Arbeiterinnen und Landtagswahlen

Wieder müssen wir an die Wahlurne treten. Wir wählen am 24. April die Vertreter für eine Reihe Landesparlamente, darunter das Parlament des größten deutschen Freistaates, den Preußischen Landtag. Preußen ist durch seine Größe, seine Stellung im Reich durch seine Tradition und durch seine Aufgaben ausschlaggebend für die Politik des Reiches geworden.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt am 24. April daran und gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokratische Partei hat euch das Wahlrecht verschafft. Die Sozialdemokratische Partei hat aus dem alten monarchistischen Preußen des Dreiklassenparlaments und des Herrenhauses ein neues, republikanisches Preußen gemacht, in dem alle erwachsenen Volksgenossen das gleiche Wahlrecht haben. Die Sozialdemokratische Partei hat dadurch aufgeräumt mit der Entrechtung der Arbeiterschaft und mit der Entrechtung der Frauen. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt daran am 24. April und wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt am 24. April daran, daß unsere Widersacher am Werke sind, zurückzuerobern, was sie früher besessen haben: die ausschlaggebende Macht in Preußen und damit im ganzen Reich zur politischen und wirtschaftlichen Knebelung der Arbeiterschaft. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt am 24. April daran, welche Zukunftsaussichten uns bevorstehen würden, wenn, wie im alten Preußen, wieder brutale Machtgewalt und Willkür an die Stelle von Demokratie, mit dem Mitwirkungsrecht der Arbeiterschaft, treten würde.

Im alten Preußen durfte Arbeiterschutz nicht mehr als „weiße Salbe" sein. Im alten Preußen arbeiteten Polizeisäbel und Gerichte Hand in Hand mit Unternehmern, um den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen. Im alten Preußen hatten viele Hunderttausende von Arbeiterinnen überhaupt kein Streikrecht, weil die Gesindeordnungen dies verboten. Die ihnen unterstellten Arbeiterinnen mußten sich sogar körperliche Züchtigungen gefallen lassen, ohne sich wehren zu dürfen. Im alten Preußen gab es keine Arbeitslosenunterstützung. Die damaligen Machthaber bezeichneten sie als „eine Prämie auf die Faulheit". Im alten Preußen hatte Unterstützung notleidender Menschen aus öffentlichen Mitteln den Verlust des Wahlrechts zur Folge. Im alten Preußen gab es keine Berufsschulpflicht für Arbeiterinnen. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Denkt daran am 24. April. Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt daran, wenn Nationalsozialisten und Kommunisten um eure Stimmen werben. Denkt daran, daß die Nationalsozialisten ihre Werbearbeit bestreiten mit den Mitteln der früheren Machthaber und mit den Mitteln der Unternehmer, die interessiert sind an den Zuständen, die im alten Preußen Geltung hatten.

Ueber die Nationalsozialisten wollen die Nutznießer des alten Preußen erreichen, daß ein Ende gemacht wird mit den Errungenschaften des neuen Preußen, die wir der Sozialdemokratischen Partei verdanken: mit Demokratie und Mitwirkungsrecht der Arbeiterschaft, mit Arbeitslosenunterstützung, mit Arbeitsrecht und Tarifverträgen, mit Wohlfahrtspflege und öffentlicher Fürsorge und mit dem Frauenwahlrecht.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt am 24. April auch daran, daß die Kommunisten mit ihrem blinden Haß gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die freien Gewerkschaften Helferdienste unseren Gegnern von rechts leisten und ihren Einfluß stärken.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Der 24. April muß vollenden, was der 10. April begonnen hat.

Der 24. April muß die Bahn freimachen für die Niederringung der Mächte, die die Entwicklung des neuen Preußen zu einem wirklichen Volksstaat hemmen, für den die Sozialdemokratische Partei am 9. November 1918 die Grundlage geschaffen hat.

Wählt am 24. April Vertreter der Sozialdemokratischen Partei!

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

So lautete der einzige Punkt der Tagesordnung des vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einberufenen Krisenkongresses, der am 13. April im Reichstagsgebäude tagte und einen in jeder Beziehung würdigen Verlauf nahm. Ueber die Aufgaben des Kongresses unterrichtet die nachstehende Eröffnungs- und Anklagerede Theodor Leiparts, während wir die vom Kongreß einstimmig angenommene Entschließung in der Beilage zur Kenntnis der Kollegenschaft bringen. Das Referat Eggerts lassen wir mit einem Gesamtbericht über den Kongreß, auf dem auch der Reichsarbeitsminister Stegerwald und der preußische Ministerpräsident Otto Braun das Wort nahmen, in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter" folgen.

Leipart führt u. a. aus:

Die Oeffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über

6 Millionen Deutsche arbeitslos

sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und ie Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen.

Die Ueberwindung der Krise

ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entheben die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der

Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wiederherstellen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche

Verkürzung der Arbeitszeit

die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Ueberstundenarbeit geduldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem

Angriff auf die Löhne

gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Prozent aufzwingen

Der Kongreß erhebt entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entsagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine

Arbeitsbeschaffung großen Stils

sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende März zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit seiner Angehörigen veranstaltet hat, wurden insgesamt 56 368 (13 051 männliche und 43 317 weibliche) Mitglieder erfaßt, von denen nur 11 713 (2893 männliche und 8820 weibliche) ihre Arbeitszeit voll ausnutzen konnten. Dagegen waren nicht weniger als 25 572 (6771 männliche und 18 801 weibliche) Mitglieder vollständig arbeitslos, während 18 528 (3246 männliche und 15 282 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Im einzelnen war die tarifliche Wochenarbeitszeit verkürzt um Stunden

bei	1—8	9—17	17—24	25 u. mehr
Männlichen	1196	1058	576	416
Weiblichen	4559	5792	3683	1248
Insgesamt	5755	6850	4259	1664

Demgegenüber leisteten 555 (141 männliche und 414 weibliche) Mitglieder Ueberstunden, und zwar war die tarifliche Wochenarbeitszeit überschritten um Stunden

bei	1—3	4—6	7 und mehr
Männlichen	85	26	30
Weiblichen	56	253	105
Insgesamt	141	279	135

Auf die einzelnen Branchen verteilten sich die Ende März statistisch erfaßten Verbandsmitglieder wie folgt: Es gehörten zur Herstellung von

Zigarren	39 333,	davon 29 113 weibliche
Zigaretten	12 886,	davon 11 709 weibliche
Kautabak	1 987,	davon 1 069 weibliche
Rauch- und Schnupftabak	2 162,	davon 1 426 weibliche

Davon waren in der Herstellung

von	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarren	21 054	11 070	6 827	382
Zigaretten	3 876	5 088	3 751	171
Kautabak	73	1 710	204	—
Rauch- und Schnupftabak	569	660	931	2

Nun einige Vergleichszahlen. Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren

Insgesamt	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Februar	44,02	35,19	20,15	0,64
März	45,37	32,87	20,78	0,98
	+ 1,35	— 2,32	+ 0,63	+ 0,34
Zigarrenherstellung				
Februar	51,49	30,39	17,20	0,92
März	53,53	28,14	17,36	0,97
	+ 2,04	— 2,25	+ 0,16	+ 0,05
Zigarettenherstellung				
Februar	30,54	43,07	26,39	—,—
März	30,08	39,48	29,11	1,33
	— 0,46	— 3,59	+ 2,72	+ 1,33
Kautabakherstellung				
Februar	4,00	87,55	8,45	—,—
März	3,67	86,06	10,27	—,—
	— 0,33	— 1,49	+ 1,82	—,—
Rauch- und Schnupftabakherstellung				
Februar	25,76	27,22	46,84	0,18
März	26,32	30,53	43,06	0,09
	+ 0,56	+ 3,31	— 3,78	— 0,09

Insgesamt sowohl wie im einzelnen hat sich demnach die Beschäftigungsmöglichkeit der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Nur in der Zigaretten- und Kautabakherstellung hat sich die Lage des Arbeitsmarktes ein wenig verbessert, während sie sich in der Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung im gleichen Maße verschlechtert hat. In der Zigarrenherstellung dagegen wird die Abnahme der Kurzarbeit mehr als aufgewogen durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Alles in allem ist die Beschäftigungsmöglichkeit in der Tabakindustrie nach wie vor trostlos.

Zum Schluß sei noch berichtet, daß von den statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern in der letzten vollen Woche des jeweiligen Monats Arbeitsstunden geleistet wurden:

	Insgesamt	pro Mitgl.	pro beschäft. Mitglied
Zigarrenherstellung			
Februar	754 539	18,75	38,64
März	712 837	18,12	39,—
	— 41 702	— 0,63	+ 0,36
Zigarettenherstellung			
Februar	318 248	23,70	34,11
März	294 759	22,87	32,71
	— 23 489	— 0,93	— 1,40
Kautabakherstellung			
Februar	76 563	38.28	39,88
März	75 879	38,19	39,64
	— 684	— 0,09	— 0,24
Rauch- und Schnupftabakherstellung			
Februar	73 102	33 50	45,12
März	70 978	32,82	44,56
	— 2 124	— 0,68	— 0,56

Lohnerhebung im Gau Heidelberg

Die im Monat März vorgenommene Erhebung erstreckte sich auf 17 Betriebe der Zigarrenbranche in Süddeutschland. Davon waren 4 Betriebe in Ortsklasse 2 mit 335, 8 Betriebe in Ortsklasse 3 mit 867 und 5 Betriebe in Ortsklasse 5 mit 281 Arbeitern. Die Erhebung erfaßte also insgesamt 1483 Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Fachgruppen.

Wir lassen einmal die Durchschnittsstundenverdienste in den 3 Ortsklassen für alle Arbeitergruppen folgen, um zu zeigen, daß die Lohnunterschiede nicht allein durch die Ortszuschläge bedingt sind.

Es gibt Firmen, die ernstlich bestrebt sind, die tariflichen Bestimmungen hochzuhalten, aber es gibt auch solche, die in dieser Beziehung recht krumme Wege wandeln. Oftmals wird die allgemeine Krisis rücksichtslos ausgenutzt, indem man den noch beschäftigten Arbeitern mit Stillegung droht, wenn diese nicht mit jedem Lohn zufrieden sind. Auch beim Materialverbrauch wird die Arbeiterschaft vielfach drangsaliert. Die beste Arbeit wird als untauglich und unverkaufbar erklärt. Man scheut sich nicht, den Rollern das Deckblatt mit 10 und 20 Gramm und den Wickelmachern das Umblatt mit ½ Pfund zu geben. Daß unter diesen Umständen ein geregeltes Arbeiten nicht möglich ist, bedarf keiner Frage.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn sich folgende Hungerlöhne, das ist nicht zuviel gesagt, wenn man bedenkt, daß 90 v. H. Akkordarbeiter sind, ergeben:

Ortsklasse 5

	Arbeiter-zahl	Stunden-zahl	Verdienst Insgesamt	Verdienst pro Stunde
Zigarrenroller	91	8 111	3 470,06	39,6
Wickelmacher	48	4 348	1 760,61	35,3
Zigarillosroller	4	204	104,60	51,3
Ripper	22	2 017	706,88	35,2
Sortierer	66	5 039	2 182,52	46,4
Verkleber	18	1 572	655,46	44,7
Kistenmacher	16	951	494,36	44,4
Taglöhner	26	2 231	1 203,58	50,3
	291			

Ortsklasse 3

	Arbeiter-zahl	Stunden-zahl	Verdienst Insgesamt	Verdienst pro Stunde
Zigarrenroller	392	31 482	9 625,95	31,4
Zigarillosroller	3	288	53,—	18,3
Wickelmacher	247	19 823	5 548,70	28
Ripper	124	8 784	2 278,37	27
Mattierer	11	644	225,37	34 9
Sortierer	12	830	301,05	36,2
Packer und Kistenmacher	36	2 376	810,05	32
Taglöhner, männl. 9		1 274	562,25	42,7
„ weibl. 11				
	867			

Ortsklasse 2

Zigarrenroller	187	19 243	5 039,44	27
Wickelmacher	102	11 020	2 726,81	25,9
Ripper	43	4 488	983,82	21,7
Taglöhner	3	312	117,32	38
	335			

Alle 3 Ortsklassen zeigen folgendes Ergebnis:

Zigarrenroller	670	58 836	18 135,45	31
Zigarillosroller	7	492	157,60	36
Wickelmacher	397	35 191	10 036,12	28,5
Deck- und Einlageripper	189	15 289	3 969,07	26
Mattierer	11	644	225,37	34,9
Sortierer	88	6 375	2 679,27	42
Verkleber	30	2 402	956,51	39,7
Packer und Kistenmacher	52	3 327	1 304,41	39,2
Taglöhner*)	49	3 817	1 883,15	49,3
	1 493			

Die Veröffentlichung dieser Lohnstatistik soll ein Ansporn sein für alle Mitglieder, in der Werbearbeit für unsere Kampforganisation, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, nicht zu erlahmen. Nur der Wille zur Tat bringt uns trotz aller Widerstände vorwärts.

*) Bei den Taglöhnern sind 19 männliche Arbeiter mit einbegriffen. Ohne diese wäre der Stundenlohn nur 36 ₰

Rauchtabakherstellung ohne Tarifvertrag?

Den Leserinnen und Lesern des „Tabak-Arbeiter" ist aus unseren früheren Veröffentlichungen bekannt, daß der Rauchtabak- und der Schnupftabak-Verband den bestehenden Reichs-Tarifvertrag einschließlich der Lohnfestsetzung zum 30. April aufgekündigt und vorgeschlagen haben, Verhandlungen über eine etwaige Neugestaltung des Tarifvertrages im Laufe des Monats April zu führen.

Nun ist es im allgemeinen üblich, daß die Organisationen, die einen Tarifvertrag aufkündigen, der Gegenseite rechtzeitig wissen lassen, welche Gegenabänderungsvorschläge sie zu machen haben. Anders beim Rauchtabak- und Schnupftabak-Verband. Sie ließen nach Aufkündigung des Reichs-Tarifvertrages überhaupt nichts mehr von sich hören, so daß es erst eines sanften Rippenstoßes bedurfte, um eine Erklärung darüber zu bekommen, wie sie sich die künftige Gestaltung der Dinge im Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe denn nun eigentlich denken. Die Antwort auf Erinnerungsschreiben der beiden Tabakarbeiter-Verbände sieht so aus:

Deutscher Rauchtabak-Verband E. V.
Sitz Bamberg

Berlin, den 13. April 1932.

An den Deutschen Tabakarbeiter-Verband

Wir bestätigen den Empfang Ihres geschätzten Einschreibebriefes und teilen Ihnen mit, daß unsere Absicht die gewesen ist, Ihnen auf Grund der gestrigen Beratungen der Mitgliederversammlung des Deutschen Rauchtabak-Verbandes unsere Vorschläge für die Erneuerung unseres Reichs-Tarifvertrages zuzuleiten und gleichzeitig die Einladung an Sie zu mündlichen Verhandlungen über diese Vorschläge ergehen zu lassen. Diese Beratungen haben aber ein Ergebnis gehabt, das es zum mindesten zweifelhaft erscheinen läßt, ob wir überhaupt zur Erneuerung des Reichs-Tarifvertrages gelangen können. Wir müssen noch gewisse Erhebungen anstellen und können Ihnen erst nach Abschluß derselben mitteilen, ob bzw. wann und wo Verhandlungen stattfinden sollen, gegebenenfalls welche Abänderungsvorschläge wir zu machen haben.

Es tut uns selbst leid, daß durch diese Wendung die Sache eine Verzögerung erfährt, hoffen jedoch, in Bälde Ihnen weitere Nachricht geben zu können.

Hochachtungsvoll
Deutscher Rauchtabak-Verband
Deutscher Schnupftabak-Verband
Der Syndikus:
gez.: Dr. Morgenroth

Dieses Schreiben läßt nur zwei Deutungen zu. Entweder ist es ein Bluff, dazu bestimmt, die Arbeitervertreter bei etwaigen Verhandlungen den Unternehmerwünschen gefügig zu machen, oder es ist ein Beweis dafür, daß die Scharfmacher im Rauchtabak-Verband die Oberhand haben und nun glauben, ohne Lohn- und Tarifvertrag die Arbeiterinnen und Arbeiter nach allen Regeln der Kunst ausbeuten und knechten zu können. Aber ganz gleich, welche dieser beiden Deutungen zutrifft, auf alle Fälle können wir den Unternehmern jetzt schon sagen, daß sie ihre Rechnung ohne den Deutschen Tabakarbeiter-Verband gemacht haben, der sich weder bluffen läßt, noch stillschweigend zusehen wird, wenn der Arbeiterschaft während eines tariflosen Zustandes das Fell über die Ohren gezogen werden sollte.

Gewiß, auch an der Rauchtabakarbeiterschaft ist die fürchterlichste aller Krisen nicht spurlos vorübergegangen und auch sie hat unter langanhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schwer leiden müssen. Aber deshalb glauben zu wollen, sie würde sich widerstandslos dem Diktat irgendeines Industrie-Ritters beugen, wäre für den Rauchtabak-Verband ein verhängnisvoller Irrtum. Die Arbeiter sind nämlich nicht nur Produzenten, sondern auch Konsumenten, und welchen Einfluß sie als Verbraucher von Markenartikeln auszuüben in der Lage sind, zeigt eine Bemerkung, die wir in der „Süddeutschen Tabakzeitung" vom 14. d. M finden. Dort heißt es in einem Artikel über das Zigarettenfach u. a. folgendermaßen:

So ist z. B. in Berlin trotz sofort von der Firma Josetti dagegen ergriffener gerichtlicher Schritte durch Sprechchöre in den Arbeitervierteln die Behauptung verbreitet worden, die Firma habe an eine rechtsstehende Organisation einen Beitrag gezahlt. Das Ergebnis war ein gewisser Rückgang der doch wirklich einst berühmten und großen Zigarettenmarke Juno.

An die Arbeiterinnen und Arbeiter im Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe aber richten wir die dringende Aufforderung, sich auf keinerlei betriebliche Sonderregelungen einzulassen. Jetzt gilt es Disziplin zu wahren und alles zu unterlassen, was die Position der Unternehmer bei den kommenden Auseinandersetzungen irgendwie stärken könnte.

Dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband jedoch müssen die letzten noch unorganisierten Kolleginnen und Kollegen zugeführt werden, damit er allen an ihn herantretenden Aufgaben gewachsen ist. Denkt daran: es ist fünf Minuten vor zwölf.

Tabaksteuer oder Tabakmonopol?

Auf einer Tagung des Zentralverbandes deutscher Großhändler der Tabakbranche gab der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich u. a. zu, daß bei einzelnen indirekten Steuern Fehler gemacht worden wären und daß man teilweise über das Maß hinausgegangen sei. Man habe aber auch manche dieser Fehler zu korrigieren versucht. Als die Biersteuer z. B. den erhofften Erfolg nicht brachte, habe man sie revidiert. Ob diese Revision Erfolg habe, hänge vom Brauereigewerbe ab. Die Wünsche des Tabakgewerbes wolle das Ministerium prüfen. Eine Aenderung der Umsatzsteuer werde jedenfalls nicht möglich sein. Deshalb müsse das Tabakgewerbe als Steuereinnehmer helfen. Er sehe zurzeit keinen Weg, um ihm diese Aufgabe abzunehmen. Auf die Bitte, daß er eine offene Hand zeigen solle, könne er nur antworten, daß das zurzeit nicht zu verantworten sei.

Der Minister erklärte ausdrücklich, daß er und seine Mitarbeiter schärfste Gegner eines Tabakmonopols seien. Man würde die Erfahrung machen, daß die Einnahmen eines Monopols geringer seien als die Einnahmen aus Tabaksteuer und Tabakzoll. Außerdem würde man durch ein Tabakmonopol vielen Menschen Arbeit und Brot nehmen, die dann wiederum dem Staat zur Last fielen. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer hätten 1930 1,14 Milliarden betragen. Sie seien 1931 auf rund 0,9 Milliarden zurückgegangen, und man hoffe für die Zukunft, daß sie sich ungefähr auf diesem Betrag halten werden. Die Tabaksteuer sei das beste Stück im Steuerbudget der Reichsregierung, so daß man auch schon aus diesem Grunde ein Monopol ablehnen müsse. Um ein übriges zu tun, habe das Reichsfinanzministerium durch einen ausländischen Sachverständigen die Frage eines Tabakmonopols eingehend prüfen lassen; das Ergebnis sei gewesen, daß dieser Sachverständige von einer Einführung eines Monopols dringend abgeraten habe.

Zu der von den Diskussionsrednern angeschnittenen Phasenpauschalierung erklärte Dr. Dietrich, daß man diese Frage mit der nötigen Vorsicht anfassen werde. Für das Tabakgewerbe sei sie endgültig ad acta gelegt.

Soweit der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung". Wir brauchen wohl nicht erst besonders hervorzuheben, daß wir getreu der Auffassung, die in der Monopolentschließung des Nordhauser Verbandstages ihren Ausdruck gefunden hat, grundsätzlich anderer Meinung sind als der Reichsfinanzminister und seine Mitarbeiter. Wenn aber schon im Reichsfinanzministerium die Monopolgegner die Führung haben, dann müssen wir zum mindesten verlangen, daß die in Aussicht gestellte Prüfung der Wünsche des Tabakgewerbes nun nicht mehr lange auf sich warten läßt. Darüber hinaus müssen wir die Forderung erheben, daß aus dem Ergebnis der Prüfung auf dem schnellsten Wege die entsprechenden Folgerungen gezogen werden; denn nirgends ist so über das Maß hinausgegangen worden, wie gerade bei der Belastung des Tabaks und der Tabakfabrikate.

Bekanntmachungen

Am 23. April ist der 17. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

9. April. Prenzlau 80.—, Lauffen 4.45, Bamberg 100.—, Sonneborn 20.—, Barntrup 52.50, Münster 22.20, Frankenhausen 85.—.

11. Wurzbach 41.90, Plauen 55.50, Herzberg 40.—, Altlußheim 280.—, Neulußheim 60.—.

12. Salzungen 73.25, Heilbronn 50.10, Ober-Cunnersdorf 265.—, Lachen 69.76 Seesen 20.—, Bredstedt 60.—, Gertenbach 46.25, Helmstedt 16.85, Dillenburg 4.55, Hann.-Münden 750.—, Helmershausen 125.05.

13. Tangermünde 26.—, Parchim 20.—, Gr.-Rhüden 16.70, Frankfurt a. M 170.—, Oestringen 60.—, Hördt 1.50, Marburg 34.60, Friedrichslohra 44.75, Braunsberg 100.—.

14. Naschhausen 57.50, München 1000.—.

15. Breslau 500.—, Treffurt 800.—, Soest 50.—, Vlotho 372.20, Mainz 24.10, Rendsburg 150.—, Fürstenhagen 12.25.

18. Nordhausen 300.—.

Bremen, 19. April 1932. **J. Krohn.**

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampfruf, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich dessen bewußt werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Güteraustausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergeuder geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse ist die Technik zum Fluche geworden. In ihrer Ratlosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschnürung und Aufrichtung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrosten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit unseren unbezwingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unseren Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Alles, was diesem Zwecke dienlich ist, muß getan werden: deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der 40-Stunden-Woche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Fehlrationalisierung trete planvolle Leitung, Zusammenschluß ersetze Abschnürung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Brachlegung der Arbeitskraft. Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und werteschaffenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militärrüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg!" verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dividenden der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie. Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsopfer wach. Der Profitgier der Waffenfabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedenswillen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität zutage getreten und noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Einiger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein, denn von niemand anderem als von ihm selbst ist der Anstoß zur Bessergestaltung der Dinge zu erwarten.

Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungskapitalismus!
Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung!
Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!
Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!

Der Internationale Gewerkschaftsbund

---

17)

Nur ein Dienstmädchen

Von L. Frapie

Sulette blieb einen Augenblick, scheinbar ihr Geld nachzählend, zurück. In der Haltung einer verschämten Bettlerin stand sie gesenkten Kopfes der Tiefe des Korridors zugewendet. Nichts. Sie entschied sich zu gehen. Bevor sie schloß, richtete sie ihr zartes, gequältes, unglückliches Gesicht noch einmal durch die halboffene Tür auf den Saloneingang.

Irgendein Wort, gleichgültig von wem, wäre ihr eine unendliche Wohltat gewesen. Noch auf dem Flur zögernd, stieg sie dann die Stufen eine nach der andern hinab; irgend jemand könnte vielleicht vorübergehen, der ein Wort zu ihr sprechen würde. Niemand. Sie verweilte unter dem Haustor, um unverständlich nach ihrem Taschentuch zu suchen; ihre Augen wendeten sich bittend nach der Portiersloge. Hinter den Scheiben beobachtete sie der Beamte mit ungemein strengem Ausdruck.

Der auf dem Bock sitzende Kutscher nahm, im Begriff, den Koffer festzubinden, die Pfeife aus dem Munde und spuckte in der Richtung seines Fahrgastes aus.

Sie hoffte noch, bereit, Tränen der Dankbarkeit beim geringsten Zeichen von Beachtung zu vergießen. Aber der Mann fing wieder, ganz mit dem Festbinden des Koffers beschäftigt, zu rauchen an.

Sulette setzte sich in die Droschke und lehnte den Kopf an die Scheibe, noch einmal fragend nach den Fenstern des Hauses emporblickend.

Eine alte Dame blieb mit ihrem Hunde, der ein dringendes Bedürfnis zu haben schien, stehen; sie sah zu Sulette hin, als ob sie dieselbe an dem Rührenden des Vorganges teilhaben lassen wollte. Sulette versuchte, vor Kälte zitternd, die Hände über ihrem schmerzenden Körper anstvoll zusammengepreßt, munter zu lächeln, selbst von dieser ihr ganz und gar nicht zugedachten Sympathie gerührt. Aber die Dame ignorierte entschieden ihre Teilnahme; sie wandte sich ausschließlich an das hartleibige Tier:

„Komm, gib dir Mühe, mein Lieb."

Der Kutscher wußte, wohin er zu fahren hatte. Mit heftigem Gepolter führte der Wagen Sulette quer durch Paris.

XVII.

Die Agentur Bizon, Rue Saint-Antonie, beschäftigte sich speziell mit Dienstmädchen, die körperliche Gebrechen hatten, zu altersschwach oder zu häßlich, kurz irgendwie mit einem Schaden behaftet waren. Unter der einen Bedingung, daß sie im voraus bezahlen konnten, übernahm sie es, dieselben mit Wohnung und Essen zu versorgen und ihnen Stellen zu verschaffen.

Die philantropische Agentur, bekannt wegen ihrer Spezialität minderwertiger, wohlfeiler Dienstboten, besaß eine sehr gemischte Klientel geiziger oder verschrobener Leute, die sich aus den verschiedensten Klassen zusammensetzten. Und es gelang, die Invaliden, Buckligen, Alten, Krummbeinigen unterzubringen, — aber man fand, um die Wahrheit zu sagen, niemals Abnehmer für die schwangeren Mädchen. Die Agen-

Die Forderungen des Krisenkongresses

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungs-Anleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Wählt am 24. April

in Preußen
Bayern
Württemberg
Hamburg
Anhalt

Sozialdemokraten!

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

---

ten ließen trotzdem diese letzteren umherlaufen, solange deren Ersparnisse reichten.

Am Morgen nach dem Weihnachtsfest machte sich Sulette mutig auf den Weg. Mit ihrem weißen Häubchen, dem schmalen einfachen Kragen ihrer grauen Bluse, dem schwarzen Rock trug sie den Stempel ihres Berufes deutlich zur Schau. Die Qual der letzten bei Frau Leroy verbrachten Tage hatte sie abmagern lassen und ihr interessanter Zustand sprang jetzt in die Augen. Mit heiterer und entschlossener Miene eilte sie dahin wie eine Person, die auf dem Pflaster von Paris heimisch ist, und das Gedränge der Vorübergehenden störte sie nicht in ihren Gedanken:

„Schließlich bin ich bei der Arbeit ebenso viel als eine andere wert, trotz meiner Schwangerschaft. Zuerst wird man mich verwundert ansehen, aber dann wohl bedenken, daß jeder Mensch leben muß."

Die Agentur schickte sie nach dem Kai Anjou auf der Ile Saint Louis. Paris hatte hier etwas Altertümliches, provinzmäßig Starres; der Tag war düsterer, der Nordwind schneidender. In einem Haus, dessen Erdgeschoß vergitterte, verstaubte Fenster an Stelle von Ladenscheiben aufwies, stieg Sulette eine breite, mit schmiedeeisernem Geländer versehene Treppe auf niedrigen, ausgetretenen Stufen empor.

In der obersten Etage klingelte sie und eine dürre, blasse Frauensperson, mit dem Aeußeren einer alten Betschwester führte sie mit kleinen verstohlenen Schrittchen in das infolge der ungewöhnlichen Höhe der Decke imposante Vorzimmer.

Der Zettel des Vermittlungsbüros veranlaßte keine Bemerkung, aber der Anblick Sulettes wurde Ursache eines erschreckten Ausrufs:

„Ach mein Gott, ich hole meinen Herrn Bruder!"

Jene sehr betagte, knochige, in einen Schlafrock gehüllte Persönlichkeit hatte das bleiche und glattrasierte Gesicht eines Mitgliedes des Richterstandes. Er blieb zunächst in einiger Entfernung, mit verblüffter Miene, das linke Handgelenk mit der Rechten umspannend, stehen, dann trat er ganz dicht heran und seine Stimme tönte in gemessener Strenge:

„Die Moral verbietet mir, Ihre Dienste anzunehmen. Entfernen Sie sich und lassen Sie es sich angelegen sein, die Gesetze zu achten."

Er hatte die Tür geöffnet und Sulette entfernte sich, ihn bestürzt von der Seite ansehend, ohne ein Wort der Erwiderung zu finden. Im Flur streckte er seine beiden Hände mit ausgespreizten Fingern nach vorwärts, um die Drohung mit den Gesetzen zu verstärken und reine Luft zu schaffen.

Und Sulette verstand, das schwangere Mädchen durfte nicht betteln, nicht vagabundieren, nicht stehlen, nicht zu früh gebären, nicht Selbstmord begehen, und man brauchte ihr nicht Arbeit, Brot oder Asyl zu gewähren. Und als fordere er in eigener Person den jahrhundertealten Fluch des widerhallenden Gebäudes, blieb der Alte oben, anklagend die Hände erhoben, stehen, bis Sulette die eisige Oede der Treppe aus Stein und Eisen hinter sich hatte.

Der Leiter der Agentur schien über die klar ausgesprochene Ablehnung seiner

Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich

Unter diesem Titel ist im Deutschen Volksverlag in München eine 32seitige Broschüre von Dr. Alfred Pfaff erschienen, der sich als Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP. bezeichnet, so daß seine Aeußerungen wohl als verbindlich für die Hitlerpartei angesehen werden müssen.

Aus seiner aufschlußreichen Broschüre geben wir im folgenden einige besonders charakteristische Stellen wieder. Ueberschriften und Anmerkungen sind von uns.

Für Eroberungskrieg

Die deutsche Außenpolitik muß also bestrebt sein, die Grenzen Deutschlands so weit nach Osten zu verlegen, daß auf lange Zeit hinaus der Bevölkerungszuwachs aus diesem neu erworbenen und durch deutschen Fleiß zu deutschem Kulturland gewordenen Gebiet ernährt werden kann. Diese Richtung der Außenpolitik nach dem Osten bedeutet auch nicht Krieg um jeden Preis, sie kann sich auch auf durchaus friedlichem, diplomatischem Weg auswirken. . . . Bewußt müssen wir uns aber sein, daß, falls wider Erwarten solche Möglichkeit nicht gegeben sein sollte, daß dann auch der Appell an das Schwert nicht nur Notwendigkeit, sondern auch Recht ist, denn wenn wir die Aufgabe haben, das deutsche Volk zu erhalten, so muß von unserem Standpunkt aus demgegenüber das Recht andersgearteter Menschen zurücktreten. (Seite 10)

Der Appell an das Schwert aber bedeutet Tote und Verwundete, Witwen und Waisen, Hunger und Elend.

Gelbe Betriebsräte

Wir werden somit innerhalb jeden Betriebs einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen Eine Parität in der Zahl kommt nicht in Betracht und ebensowenig können dort etwa Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen. Dem Betriebsrat des Werkes steht auch das Recht zu, die Wahlen für die Vertreter in der Kammer der wirtschaftlichen Ortsgruppe durchzuführen. Hierbei wird es, obwohl auch in der Ortsgruppe ebensowenig Abstimmungen erfolgen wie im Betriebsrat, trotzdem angebracht sein, eine Zahlengleichheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anzustreben, weil der wirtschaftlich Schwächere in erhöhtem Maß Gelegenheit haben soll, sich mit seinen Arbeitsgenossen zu beraten, die seine persönlichen Leiden und Freuden aus eigener Erfahrung zu beurteilen vermögen.

In gleicher Weise werden in der wirtschaftlichen Ortsgruppe die Wahlen für die Bezirkskammern und dort die Wahlen für die Ständekammern der Wirtschaftsgebiete und in diesen endlich die Wahlen für einen Teil der im Reichswirtschaftsrat vereinigten Persönlichkeiten vorgenommen. (Seite 14/15)

Das Prinzip der Zahlengleichheit in den höheren Wirtschaftskörpern bedeutet nichts anderes, als daß Millionen von Arbeitern nicht mehr Vertreter zustehen, als einer kleinen Zahl von Unternehmern. Im übrigen hat der Betriebsrat nichts zu melden; denn Abstimmungen finden nicht statt.

Gegen die Frauenarbeit

Eine Beschränkung der Frauenarbeit gehört zu den dringendsten Forderungen der neuen Wirtschaftsordnung. (Seite 19)

Etwa 400 000 bis 500 000 in der Industrie beschäftigte Frauen sind durch Männer zu ersetzen. (Seite 24)

Arbeitszeit für Landarbeiter

Der Landarbeiter muß oft 14 bis 16 Stunden täglich, aber unter die Gesundheit und den Körper fördernden besten Verhältnissen arbeiten. (Seite 18)

Gegen Streiks

Streik lehnen wir als gesetzwidrig ab und werden alle dafür Verantwortlichen unter schwerste Strafe stellen. (Seite 20)

Und so etwas nennt sich „Arbeiter"-partei.

Gegen die Arbeitslosenversicherung

Wie in den übrigen sozialen Einrichtungen, so hat es die marxistische Einstellung unserer Zeit auch in der Arbeitslosenversicherung verstanden, die Moral und Ehrlichkeit des Volkes zu untergraben und ein minderwertiges Menschentum zu züchten, um sich hierin eine stets willfährige Schutztruppe zur Erreichung ihrer politischen Ziele zu schaffen.

Die Arbeitslosenversicherung mußte von allen Arbeitsscheuen ausgenutzt werden als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit. (Seite 23)

Arbeitsdienstpflicht

Es muß unverzüglich eine Arbeitsdienstpflicht für jeden deutschen Volksgenossen eingeführt werden, die sofort eine Million Arbeitsloser gesunde Betätigung gewährleistet. (Seite 24)

Von einer Entlohnung der Arbeitsdienstpflichtigen ist bezeichnenderweise nicht die Rede.

Wo sitzt die Intelligenz?

Wir wissen, daß die Kinder der intelligentesten Bevölkerungskreise zu etwa 60 v. H. wiederum der höchsten Intelligenzklasse angehören, wir wissen daß dieser Vomhundertsatz sich über Kaufleute, höhere Beamte, mittlere Beamte usw. ständig verringert und beim gelernten Arbeiter nur noch etwa 12 Prozent, beim ungelernten Arbeiter nur noch 8 Prozent beträgt. (Seite 25)

Zu dieser ungünstigen Ziffer für die Arbeiterschaft kommt der Verfasser wohl deshalb, weil er nur die in der Partei Hitlers vertretenen „Arbeiter" kennt.

Abkehr von der Goldwährung

Eine nicht nur theoretische, sondern auch tatsächliche Abkehr von der Fiktion der Golddeckungsnotwendigkeit ist daher erste Voraussetzung für eine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft (Seite 27)

Eine kleine Inflation gefällig?

Klienten vom Kai Anjou sehr verwundert. Trotzdem entschuldigte er sich brieflich bei diesen „wegen des bedauerlicherweise vorgekommenen Irrtums" und schickte ein etwas idiotisches, in einem Kloster erzogenes Mädchen hin, das ihnen zusagte.

Sulette verbrachte den Rest des Tages auf ihrem Koffer sitzend, den Kopf in die Hände gestützt. Aber am anderen Morgen war ihr Mut wiedergekehrt:

„Nein! Ich bin keine Verbrecherin! . . . Und in der Stadt muß ich Hilfe finden."

Ein Ausweis führte sie auf die Rue Saint-Honore, in die Nähe der Hallen zu Geschäftsleuten, diese brauchten jemand, der ihren Haushalt versorgte, während sie im Laden tätig waren; die Schwangerschaft des Dienstmädchens dürfte sie auf alle Fälle gleichgültig lassen.

Sulette ging die Rue de Rivoli entlang, und nach Ueberschreiten des Boulevards de Sebastopol bestätigte die Physiognomie von Paris ihre Hoffnungen. Ein allgemeines, verworrenes, aber fröhliches und nicht rücksichtsloses Getriebe herrschte überall: die Bewohner des Quartiers des Halles erkannten einander an ihrem geröteten Gesicht, den fröhlichen Augen und kräftigen Stimmen; die blaue Bluse, die Mütze oder die mit Taschen versehene Schürze kennzeichneten sie nicht weniger als fidele Leute. Da konnte keine unerbittliche Moral hausen.

Wirklich war der Empfang bei den Reflektanten keineswegs ein strenger. Es waren Verkäufer eingesalzener Fleischwaren — Mann und Frau — korpulent, etwa vierzig Jahre alt. Sie brachen beide, die Fäuste in die Hüften gestemmt, in ein fürchterliches Gelächter aus.

„Erlauben Sie! Sie haben wohl die Wassersucht, mein Kind?" schrie die Frau.

„Sie bringen gleich jemand zur Hilfe mit? Wieviel verlangen Sie denn Lohn für sich beide?" witzelte der Mann.

Sie erzürnten sich angesichts des duldsamen und beharrlichen Wesens Sulettes, die, wenn man wollte, zur Rolle des verhöhnten Dienstmädchens bereit war.

„Sie sind eine putzige Person! Muß einen Bauch haben! Aber man muß einen wie wir haben! Schauen Sie, daß Sie mit Ihrer Schundware weiterkommen!"

Die Geißel des Spottes empörte die Widerstandskraft Suletes. Sie wollte um jeden Preis Geld verdienen und Wäsche für ihr Kind kaufen. Man würde schon sehen! Und Paris sollte sich nicht lustig über sie machen. Sie würde doch die Kinderwäsche haben!

Gutes versprach sie sich von einem Gang in das Quartier der Börse. Um 3 Uhr sollte sie sich vorstellen. Der liegenbleibende Reif gab der Straße ein so staubbedecktes Aussehen wie mitten im Hochsommer. In ihre Pelze gehüllte Herren spazierten mit brennender Zigarre daher; Kutscher mit prachtvollen Gespannen, blinkende Automobile fuhren längs des Trottoirs; schöne Weiblichkeit verbreitete Blumenduft und veranlaßte alle Zylinder, sich umzuwenden.

Uebrigens zeigte der allgemeine Anblick, daß in diesem Zentrum der Stadt das Weib nach seinem höchsten Werte eingeschätzt wurde. Die Geschäfte fesselten die Vorübergehenden durch ihre Ausstellungen von Kunstwerken: hier umrahmten entzückende Landschaften mit

Mitglied und Verband

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbande zu sein. 1000 Verbandsbücher bedeuten 1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbande zugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch: und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erblaßt.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermenschen. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas Undefinierbares, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

Und Persönlichkeit, so meinen so manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzelung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeiten sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebenselement nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualismus, der Einzelmensch mit selbstischem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reckte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigem, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutsame Prophet dieses neuen Menschtums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Unrecht in Anspruch genommen wird. Wir konnten es bei den Goethefeiern erleben: die goethesche „Persönlichkeit" wurde als bürgerliches Bildungsideal hingestellt.

Die „Persönlichkeit" Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht nach links sieht und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden. Die „Persönlichkeit" Goethes ist der Mensch, der nichts anderem lebt als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Ist es anders möglich, als daß solch ein Mensch sich mit Gleichgesinnten verbunden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit Eines ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine bindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Das aber ist das Große des Menschtums, das da mit unserem Wirtschaftsgedanken heraufsteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns eint, daß ein Ziel der Wahrheit jeden zum freien und freudigen Kämpfer macht, der es geradezu als Bedürfnis empfindet, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zusammenzustehen und ein Freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirtschaftsgestaltung den sittlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängte durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstischen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstisches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mitglied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energie des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschtum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geschenkt!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschtum jedes Mitglieds schöpft.

Dr. Gustav Hoffmann

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preisl. I 2 gratis.
„Medicus" Berlin SW 68 Alte Jacobstraße 8

Großer Preisabbau

Billige böhmische Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschlissene Bettfedern 60 ₰, bessere Qualität 80 ₰, halbweiße, flaumige 1.-, 1.20 M., weiße, flaumige geschliff. 1.50, 1.90, 2.50 M., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafts-Federn 3.-, 4.-, 5., Rupffedern ungeschlissen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1.35 M., weiß 1.95 M., weißer, allerfeinster Flaumrupf 2.25, 3.25, 4.25 Muster u. Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 902, Böhmen

poesievollem Grün Idyllen der Liebe; milchfarbene Nuditäten hoben vom blauen und rötlichen Grunde ihre erzitternde Vollkommenheit, die Verkündigerin der gereiften Begierde, ab. Dort riefen Marmor und Bronze hinaus, daß es nichts Erhabeneres auf der Erde gibt, als den Bau des weiblichen Körpers, der heilige, die Menschheit fortpflanzende Betätigungen offenbart.

Es fehlte nicht viel, daß Sulette, am Ziele angekommen, die geschwellten Brüste und ihren von der Natur gesegneten Leib stolz zur Schau getragen hätte.

„Guten Tag, Madame, ist das hier, wo man ein Dienstmädchen sucht?"

Diese Worte wurden an die Frau eines Börsenmaklers gerichtet, eine ehemalige Tänzerin, deren Tugend keine Ausdauer besaß und die schlechte Späße nicht liebte. Sie ließ Sulette auf dem Strohdeckel stehen.

„Sind Sie das Mädchen? — So, das haben Sie also bei Ihrer letzten Herrschaft gemacht, statt sie anständig zu bedienen! Sie schämen sich nicht, in einem solchen Zustande herzukommen? Man kann bald sagen, sie sieht wie eine Chinesin aus! Wollen Sie schnell den Strohdeckel freimachen oder soll ich die Straßenkehrer rufen?"

Von da an hörte Sulette nicht mehr auf, Paris von einem Ende zum andern zu durchlaufen und die vergebliche Bitte auszusprechen, daß man ihr erlaube, sich mit Arbeit zu ernähren. Heute sah man sie in Batignilles, morgen in Montrouge, auf Montmartre folgte Grenelle. Die verschiedensten, alle Klassen und Ansichten der Gesellschaft verkörpernden Individuen empfingen Sulettes Besuch.

Allenthalben brachte ihre Rundheit die gleiche niederschmetternde Wirkung hervor; ein Verbrechen gegen die Familie, gegen den Anstand verbarg sich da unter der Schürze. Aber Sulette ward jetzt hartnäckig; je mehr man sie zurückstieß, um so beharrlicher zeigte sie sich. Alle Arten abschlägiger Antworten wurden ihr ins Gesicht geschleudert, ohne diese heldenhafte Mutterschaft zu ermatten. Nur hatte sie kleine Bevorzugungen: der brutale Empfang unerbittlicher Leute sagte ihr mehr zu als die weitschweifige Abweisung der Heuchler.

Oft ließ man sie im Vorzimmer warten. „Madame hatte Besuch." Eine der geschlossenen Türen war die des Salons. Die Stimmen drangen hindurch, Sulette erfuhr niemals eine Ueberraschung; sie wußte von vornherein, über was man sprach; der einzige Gegenstand, über den die Damen sprachen oder wenigstens der hauptsächlichste, unvermeidlichste, ergreifendste, der schmerzlichste, das war die Unzulänglichkeit der Dienstmädchen. Zuweilen ließen die herzergreifenden Klagen schlecht bedienter Herrinnen die starr Regungslose erschreckt auffahren.

Es passierte, daß sie drei Stunden lang gesenkten Kopfes zuhören mußte, wie in Fauteuils gesunkene Damen, durch ein wenig Tee und Gebäck gestärkt, in tragischer Tonart an Beispielen den unglaublichen Gefühlsmangel der Dienstmädchen bewiesen.

Bevor sie, wie üblich, fortgejagt wurde, gelang es ihr, ein dutzendmal die unerläßliche, von gekränkter Resignation durchzitterte Wendung festzustellen:

„Es muß wirklich wahr sein, daß diese Mädchen sehr wenig Herz haben!"

(Fortsetzung folgt)